

Medium: Westfälische Rundschau
Datum: 6.12.2007

Ständiger EU-Ratspräsident gesucht: Eine „Person des Ausgleichs“ - Trichet kritisiert Mindestlöhne

Merkel warnt Sarkozy vor „Zerfall der EU“

Von Miguel Sanchez

Berlin. Ihr Markenzeichen ist es nicht. Aber wenn es sein muss, ringt sich eine Angela Merkel zu Klartext durch. Es musste sein. Kaum hatte der französische Präsident Nicolas Sarkozy für eine Mittelmeerunion geworben, legte die Kanzlerin Widerspruch ein: Das könne Spannungen in der EU freisetzen. „die ich nicht möchte“, sagte sie gestern in Berlin vor dem „Konvent für Deutschland“.

Sie hält nichts davon, dass die EU-Südländer, selbstredend unter Führung Sarkozys, ein Sonderverhältnis zu Nordafrika aufbauen und sich womöglich aus dem europäischen Geldtopf bedienen. Das hielte sie „für sehr gefährlich“. Auf die gleiche Idee könne man in Osteuropa auch kommen, zum Beispiel gegenüber der Ukraine, so Merkel. Da stand sie im Raum; Die kaum ver-



Betrachtet die EU nüchtern und illusionslos: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) (Bild: Hannibal Hanschke/Reuters)

höhlene Drohung, ihrerseits eine Achsenpolitik zu betreiben. Dann stünden sich zwei Gruppen gegenüber, die Deutschen an der Seite der Osteuropäer, die Franzosen wiederum als Fürsprecher der Mittelmeeranrainerstaaten.

Damit hat Merkel klargestellt, dass sie die Konfrontation nicht scheut; mit dem fatalen Ergebnis, dass die EU „in

ihrem Kernbereich zerfällt“. Genau das waren Deutsche und Franzosen bisher: der Kern der Europäischen Union.

Merkel betrachtet die EU nüchtern, illusionslos. Es ist eine Interessengemeinschaft (Merkel) auf der Basis gemeinsamer Werte. Um Interessen geht es - auch gegenüber Frankreich. Es war eine klare

Ansage, genau terminiert. Sarkozy beendete am Mittwoch einen dreitägigen Besuch in Algerien, wo er für eine Mittelmeerunion warb. Offenkundig hatte er die Initiative weder mit Merkel noch mit Italien abgesprochen. Auch Außenminister Massimo D'Alema ging auf Distanz zur Initiative Sarkozys.

Wie viel Spannung die künftige EU aushalten muss, entnimmt man nicht zuletzt Merksels Stellenbeschreibung für den künftigen ständigen Ratspräsidenten. Sie wünsche sich „eher eine Person des Ausgleichs“. Es ist ein neues Amt, über das nur feststeht, dass es mit einem ehemaligen Regierungschef besetzt werden soll. „Von der ersten Persönlichkeit wird vieles abhängen“, so Merkel. Er solle nicht immerzu in Brüssel mit dem Kommissionspräsidenten dinnieren und kungeln, sondern die Interessen des Rates, der Regierungschefs vertreten.

So eröffnete Merkel die Diskussion über die Besetzung. Merkel strözt vor Selbstbewusstsein. Als EU-Ratspräsidentin hat sie 2007 die Union „nach Phasen von langer Erfolglosigkeit“ (Merkel) endlich vorangebracht. Erst unter ihrer Führung gelang der EU-Vertrag. Seine Vorgeschichte sei ja auch „deprimierend genug“ gewesen, so Merkel. „irgendwann musste es vorangehen“, fügte sie hinzu.

Nebenbei lenkte sie von Kritik ab. Als erster Redner vor dem „Konvent für Deutschland“, einer Denkstube und Lobbygruppe für Reformen, hatte der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, zwei Warnungen ausgesprochen: Vor Mindestlöhnen, die nicht der Produktivität entsprechen, und vor einer „Umkehrung des Reformprozesses“. Es war eine Einmischung in die Innenpolitik. Merkel drückte sie einfach weg.